



---

**Ausschussdrucksache 21(22)109  
vom 12. März 2026**

---

**Stellungnahme Dr. Kai-Michael Sprenger**

zu TOP 1 der 17. Sitzung am 18. März 2026

Orte der Demokratieggeschichte in Deutschland

# Stellungnahme für den Ausschuss für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages

(18. März 2026)

Dr. Kai-Michael Sprenger

## Demokratie und Demokratieggeschichte

Für viele Menschen ist die Idee der Demokratie gebunden an das Staatswesen, Gesetze und politische Institutionen, die sich für viele nicht mehr im alltäglichen Leben abspielen. Doch Demokratie ist mitten in unserem Leben: Sie ist Herrschaftsform, Gesellschaftsform und Lebensform zugleich. Sie lebt von unserem gemeinsamen Engagement, aktiver Mitgestaltung und kritischem Diskurs, von individueller Haltung. Um sie heute bewusst und aktiv zu gestalten, gegen ihre Feinde zu verteidigen und immer wieder neu zu verhandeln, brauchen wir die Auseinandersetzung mit ihrer Entwicklung und Geschichte. Wenn man Demokratie als stetigen Prozess und nicht als Zustand versteht, so ist die Demokratieggeschichte ihr Zukunftsgedächtnis.

Die Demokratieggeschichte Deutschlands ist ein Prozess, der voller Ambivalenzen steckt und sich gerade deshalb als wertvoll für gegenwärtige und zukünftige Aushandlungen erweist. Immer wieder sind Personen und Gruppen in den letzten Jahrhunderten in Deutschland für politische Partizipation und gesellschaftliche Rahmenbedingungen eingetreten, die heute in unserer Verfassung als Grundrechte verankert sind. In unserer Freiheits-, Mitbestimmungs-, Parlaments- und Verfassungsgeschichte entdecken wir positive Orientierungspunkte, Personen, die sich mit Haltung vorbildlich engagiert haben. Erfolge und Misserfolge vergangener Generationen veranschaulichen uns, was es bedeutet, für freiheitliche Gerechtigkeit und Demokratie einzustehen. Ein gemeinsames geschichtliches Bewusstsein kann und sollte daher ein verbindendes Element einer pluralen, offenen Gesellschaft sein und zu ihrer Identitätsbildung beitragen.

Was zur deutschen Demokratieggeschichte gehört und was nicht, ist Gegenstand einer nicht abgeschlossenen Debatte. Von einer Demokratieggeschichte im modernen staatsrechtlichen Sinne wird man erst seit den Atlantischen Revolutionen, insbesondere der Französischen Revolution, sprechen können. Doch gerade in Deutschland begegnen uns mit den Traditionen des Föderalismus, der kommunalen Selbstverwaltung, sozialen Massenprotesten und öffentlichen Verträgen durchaus zentrale Themen unseres Demokratieverständnisses, für die es bereits seit dem Spätmittelalter markante Vorläufer und Anknüpfungspunkte gibt. Immer dann, wenn Personen oder Gruppen für mehr politische Teilhabe und Recht auf transparente

Mitgestaltung der Gesellschaft gestritten haben, wird man dies auch in den größeren Kontext der Demokratiegeschichte einordnen können.

Als Resultat einer reflektierten Auseinandersetzung mit der Gewaltgeschichte der beiden deutschen Diktaturen markieren das Bekenntnis und der Appell des „Nie wieder“ die Basis unserer Erinnerungskultur. Die Auseinandersetzung mit der deutschen Demokratiegeschichte steht daher immer auch in einem engen Verhältnis zu jenen Entwicklungen, die ihre Gefährdung, Unterdrückung und Zerstörung bedeutet haben. Volkssouveränität war stets ein Wagnis.

In Ergänzung zur Aufarbeitung der NS-Diktatur und des SED-Unrechtsstaates fokussiert die Vermittlung der Demokratiegeschichte auf das „Immer wieder“ demokratischer Bemühungen und Prozesse, auch wenn diese nicht immer von Erfolg gekrönt waren. Die Phasen der Unterdrückung der Demokratie, und sei es in ihrem Namen, sind mithin für manche aktuelle demokratiehistorische Erinnerungslücke verantwortlich. So haben die Nationalsozialisten in Form einer *damnatio memoriae* alles diffamiert oder zerstört, was an erfolgreiche demokratiehistorische Traditionen des 19. und des 20. Jahrhunderts hätte erinnern können. Dass z. B. der jüdische Beitrag zur Paulskirchen- oder der Weimarer Verfassung heute weitgehend vergessen ist, wirkt als Effekt dieser perfiden, gesteuerten Zerstörung von Erinnerung noch immer nach, ohne dass wir uns dessen überhaupt bewusst sind.

Im Zusammenspiel mit bereits etablierten Akteurinnen und Akteuren der historisch-politischen Erinnerungskultur – wie den Gedenkstätten der NS-Diktatur und des SED-Unrechtsstaates und neueren Akteurinnen und Akteuren aus der Aufarbeitung des Kolonialismus und der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung – markiert die Demokratiegeschichte daher eine notwendige Erweiterung unserer Erinnerungskultur. Die Beschäftigung mit unserer Demokratiegeschichte im europäischen und globalen Kontext leistet einen wichtigen Beitrag zur einer aktuellen Demokratiebildung und -vermittlung, nicht zuletzt um der Gefahr der Vereinnahmung und Instrumentalisierung entschieden entgegenzuwirken, wie wir sie zunehmend mit Blick auf herausragende Erinnerungsorte unserer Demokratiegeschichte und darüber hinaus in einem zunehmenden Geschichtsrevisionismus in Bezug auf die Demokratie in Teilen der Gesellschaft feststellen müssen. Zugleich kommt es immer mehr darauf an, auch Menschen mit Migrationshintergrund dafür zu gewinnen, unsere freiheitlich-demokratischen Traditionen aufzugreifen, gemeinsam fortzuschreiben und auch ihre Geschichte(n) miteinfließen zu lassen. Demokratiegeschichte ist multiperspektivisch und besitzt keine Metaerzählung. Sie setzt sich aus einer Vielzahl an Narrativen zusammen, die wissenschaftlich fundiert und kontextualisiert sind. Die deutsche Demokratiegeschichte ist hierbei unweigerlich Teil einer gemeinsamen europäischen und globalen Geschichte der Demokratie. Diese Vielzahl an Stimmen und Orten verbindet uns.

## Orte der Demokratieggeschichte

Orte der Demokratieggeschichte sind historische Stätten und Schauplätze, an denen sich Menschen für Freiheit, Pluralismus und Mitbestimmung engagierten oder gar kämpften, wo Demokratie errungen, verteidigt, eingefordert und gestaltet wurde. Der Begriff „Orte“ umfasst hierbei sowohl geografische Ereignisorte als auch so genannte Erinnerungsorte, also Symbole oder Ereignisse, an denen sich das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft identitätsstiftend manifestiert. Diese geographischen wie symbolischen Orte stehen für die vielfach gebrochenen demokratischen Traditionen Deutschlands.

Die Bezugnahme auf konkrete authentische Orte in Städten, Kreisen und Gemeinden verortet demokratiehistorische Prozesse im Lokalen und macht sie so anschaulich, erfahr- und begreifbar. Die Vielzahl solcher Orte und die vielfältigen Bemühungen um ihre Pflege durch lokale Einrichtungen, Vereine und Initiativen machen deutlich, dass es sich bei der Demokratieggeschichte tatsächlich um eine Angelegenheit aller handelt. Sie schaffen tägliche Berührungen und Begegnungsorte mit der Demokratie und ihrer Geschichte, die auch in Verbindung zu dritten Orten Impulse in unserer heutigen Zeit sein können. Für diese identitätsstiftende Geschichtsvermittlung nach dem *Bottom-Up*-Prinzip ist nicht zuletzt auch die 2017 gegründete Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratieggeschichte“ ein herausragender Partner und Akteur mit inzwischen über 100 Mitgliedern, die diese wichtige Erinnerungs- und Vermittlungsaufgabe vor Ort leisten.

Auf unserer digitalen „Deutschlandkarte der Demokratieggeschichte“ (<https://www.demokratiegeschichte.de/karte/>) markieren wir diese Orte der Demokratieggeschichte in allen Regionen Deutschlands. Gemeinsam ergeben sie ein Netz aus aktuell 268 Orten in allen Teilen des Landes, an denen Demokratieggeschichte geschrieben wurde, an denen an demokratiegeschichtliche Ereignisse erinnert oder an denen in besonderer Weise Demokratieggeschichte vermittelt wird. Die Spannbreite reicht von bekannten Orten wie der Frankfurter Paulskirche und der Nikolaikirche in Leipzig hin zu Erinnerungs- und Ereignisorten wie dem St. Germanshofer Studentensturm, dem Funkhaus von Radio Bremen oder dem Archiv der deutschen Frauenbewegung in Kassel. Damit zeigt die Karte, dass und wie Menschen in allen Regionen Deutschlands für Grundrechte, Mitbestimmung und Rechtsstaatlichkeit eingetreten sind. Künftig möchten wir auch den transnationalen Orten der deutschen Demokratieggeschichte etwa in den USA, Frankreich oder Polen stärkere Aufmerksamkeit widmen.

## Förderung der Vermittlung von Demokratiegeschichte

Die Förderung dieser demokratiehistorischen Vermittlungsarbeit ist als Beitrag zu einer aktiven Demokratiebildung und -vermittlung notwendig und zeigt zunehmend Wirkung. Dies liegt auch an der stärkeren Aufmerksamkeit, die das Thema im Kontext historisch-politischer Bildungsarbeit seit einigen Jahren erfährt. Das durch die BKM zwischen 2020 und 2023 aufgesetzte thematische Förderprogramm, nicht zuletzt die 2021 erfolgte Gründung der Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte sind wichtige Meilensteine auf dem Weg dieser Bemühungen. Die Kommunen und die Institutionen der Zivilgesellschaft sind hierbei wichtige Partner. So hat der Städtetag bereits 2023 mit seinem Positionspapier „Erinnern ist Zukunft. Demokratie stärken mit Erinnerungskultur“ die identitätsstiftenden Potentiale gerade der Beschäftigung mit der lokalen Demokratiegeschichte formuliert, zugleich aber auch die begrenzten Möglichkeiten betont, die den Kommunen hierzu zur Verfügung stehen.

Die Bundesstiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte hat sich seit ihrer Gründung als wichtiger Partner und zentraler Akteur dieser Bemühungen etabliert. Unter den Stichworten Erinnern, Fördern, Vermitteln, Vernetzen, Verorten lässt sich die Arbeit der Bundesstiftung zusammenfassen. In den ersten beiden Förderjahren 2024 und 2025 konnte die Stiftung wichtige Impulse setzen und eine Vielzahl einschlägiger Projekte fördern. Bereits der erste Förderaufruf verdeutlichte das große Interesse am Thema: Insgesamt wurden 145 Anträge mit einem beantragten Fördervolumen von über 12 Mio. Euro eingereicht. Angesichts der verfügbaren Mittel konnten daraus 58 Projekte zur Förderung ausgewählt werden. Für die reine Projektförderung standen im Jahr 2024 rund 2,1 Mio. Euro und im Jahr 2025 rund 1,5 Mio. Euro zur Verfügung. Für das erste operative Jahr der Stiftungsarbeit (2024) liegt ein ausführlicher Jahresbericht vor (<https://www.demokratie-geschichte.de/jahresbericht/>). Wie den beigefügten Auswertungen zu entnehmen ist, konnten Projekte in nahezu allen Bundesländern (Tabelle 1) gefördert werden. Zugleich zeigt sich eine ausgewogene Verteilung zwischen Projekten in städtischen und ländlichen Räumen (Tabelle 2). Die geförderten Vorhaben decken eine große Bandbreite an Formaten (Tabelle 3) sowie unterschiedlichen historischen Epochen (Tabelle 4) ab. Thematische Schwerpunkte ergaben sich teilweise aus aktuellen Jubiläen, insbesondere 35 Jahre Friedliche Revolution, 175 Jahre Paulskirchenverfassung sowie 75 Jahre Grundgesetz.

Der gesetzliche Auftrag der Stiftung ist weit gefasst. Ihr Aufbau ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Damit dieser zielgerichtet und dem Thema angemessen erfolgen kann, ist vor allem eine größere finanzielle und personelle Planungssicherheit notwendig, als es bislang durch ständig schwankende Budgets der ersten Jahre seit Aufnahme der Arbeit möglich war.

Die unsichere haushaltspolitische Lage hatte vor allem im letzten Jahr zur Folge, dass für 2025 gar kein eigener Förderaufruf erfolgen konnte.

Der Förderaufruf für 2026/2027 stieß trotz einer vergleichsweise kurzen Antragsfrist erneut auf große Resonanz: Insgesamt gingen 120 Förderanträge zu zentralen Kapiteln der deutschen und europäischen Demokratiegeschichte mit innovativen Vermittlungsformaten ein. Die Antragsteller nahmen hierbei zunehmend präziser auf die Ziele der Stiftung Bezug und grundsätzliche inhaltliche Ablehnungen waren deutlich seltener als noch in der ersten Förderrunde 2024. Doch auch in der aktuellen Förderrunde für die Jahre 2026 und 2027 sind wir zu schmerzhaften Priorisierungen und Ablehnungen von Anträgen gezwungen, die von den Gremien der Stiftung grundsätzlich als förderwürdig eingestuft worden waren.

Insgesamt zeigt sich damit ein strukturelles Spannungsverhältnis: Die Stiftung verfügt über erhebliches inhaltliches und zivilgesellschaftliches Potential, wie die hohe Nachfrage nach Förderung und Anfragen zur Kooperation bei historisch-politischen Bildungsprojekten und stetig steigende Einträge auf unserer digitalen Deutschlandkarte unterstreichen. Darüber hinaus ist die Stiftung noch während der Aufbauphase schon jetzt gefragter Kooperationspartner für Formate der historisch-politischen Bildung sowie Ansprechpartner zur Vernetzung von demokratiegeschichtlichen Thematiken.

Welch enormes Potential das Thema „Demokratiegeschichte“ gerade in dieser lokalen Perspektive entfalten kann, zeigt nicht zuletzt die große Resonanz auf den „Tag der Demokratiegeschichte“, den die Stiftung als neuen, unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten stehenden bundesweiten Aktionstag rund um den 18. März initiiert hat und in Kooperation mit der mitgliederstarken Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ durchführt. Obwohl der Aufruf erst Ende November 2025 erging, sind daraufhin mehr als 250 Veranstaltungen aufgesetzt worden – von Orten, Institutionen, Vereinen und Initiativen in allen 16 Bundesländern.

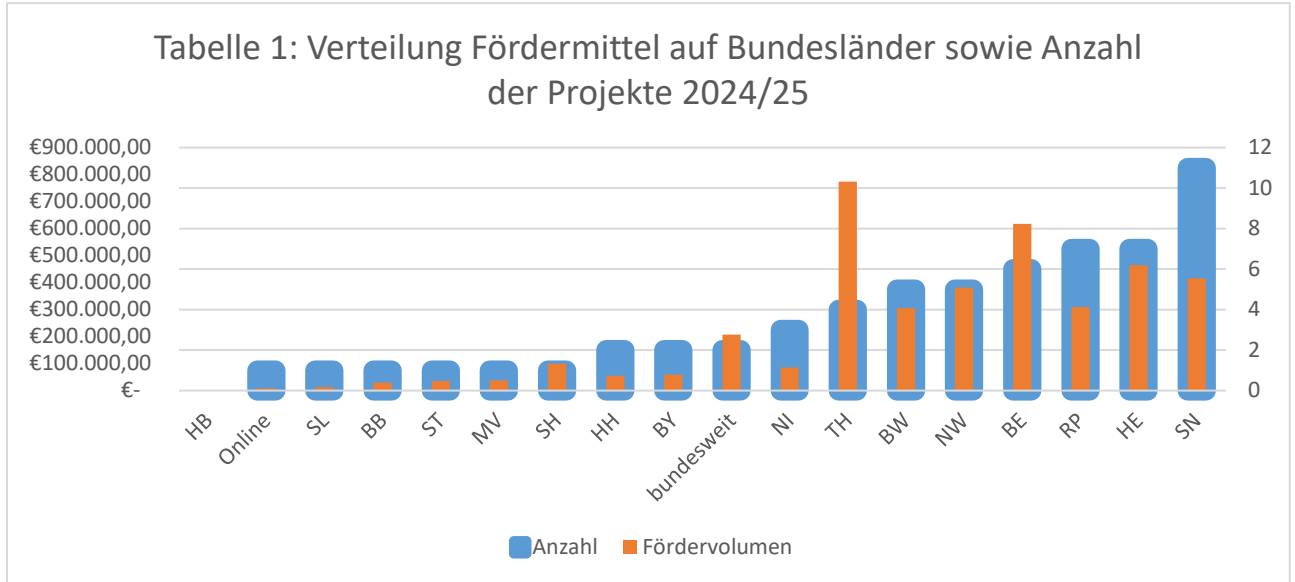
Die Erwartungshaltungen seitens der Politik wie auch der Szene an die Stiftung sind sehr hoch, nicht zuletzt auch mit Blick auf kommende bedeutende Jubiläen demokratiehistorischer Ereignisse, allen voran das 200-jährige Jubiläum des Hambacher Festes, das eine bundesweite, wenn nicht gar europäische Ausstrahlung verdient. Aktuell bleibt die Stiftung jedoch noch stark hinter ihren Möglichkeiten zurück und kann ihr grundsätzliches Potential zur Einlösung ihres breiten gesetzlichen Auftrages nur sehr eingeschränkt entfalten, auch weil die bei Gründung der Stiftung beschlossenen Budgethorizonte in den Regierungsentwürfen für die entsprechenden Haushalte der letzten Jahre bislang nicht abgebildet bzw. umgesetzt wurden. Für die zahlreichen positiven Ansätze, Initiativen und Entwicklungen der letzten bzw. der ersten Jahre der Stiftung müssen daher künftig die nötigen finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen mit einem adäquaten Stellenplan erst noch verbindlicher verankert

werden, möglichst auch mit einer SB-Befähigung, wie sie für eine Stiftung mit bundesweitem Förderauftrag insbesondere für eine gezielte und effiziente Förderung von größeren und überjährigen komplexeren Projekten oder Partnerinstitutionen angezeigt wäre und wie sie für vergleichbare Bundesstiftungen ja auch besteht.

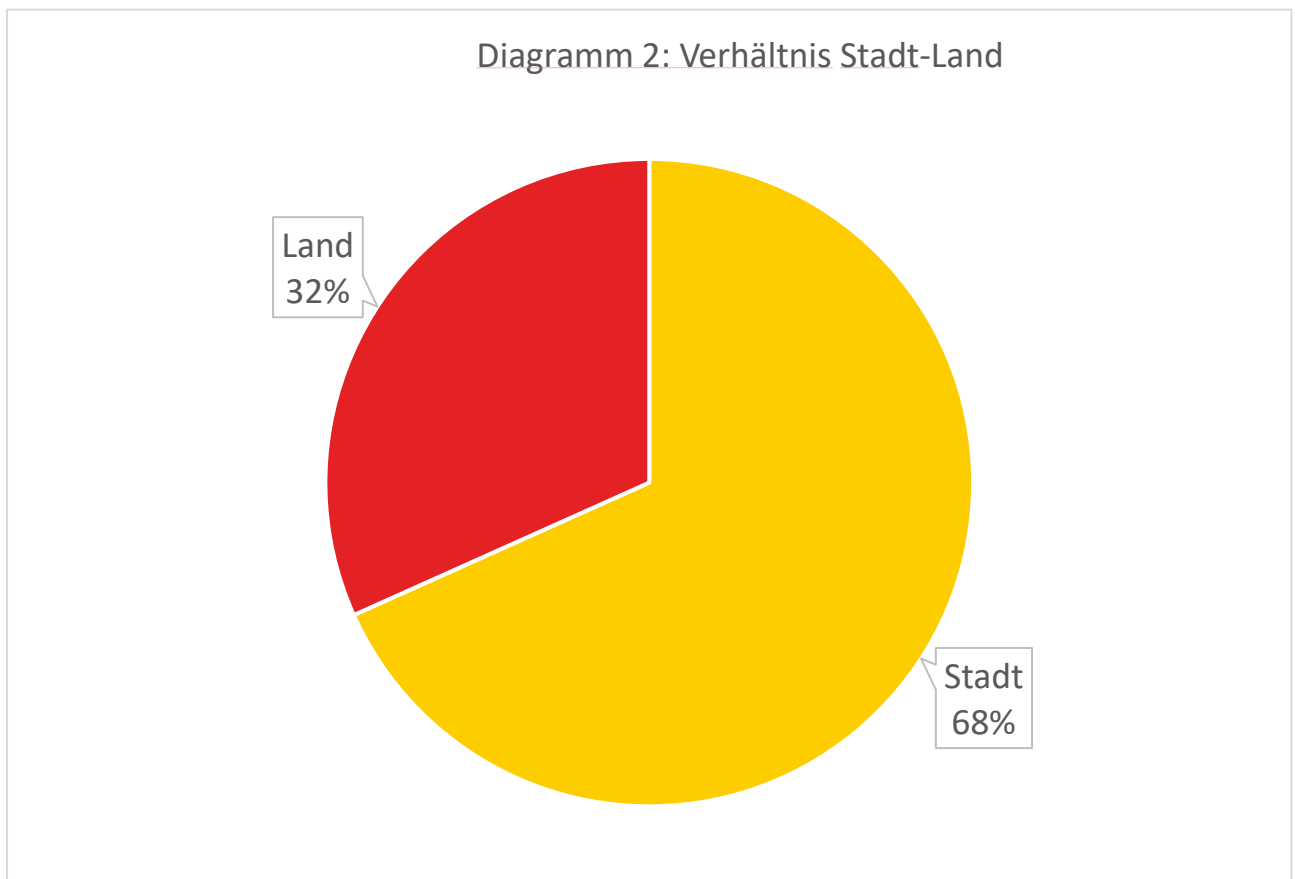
Mit Blick auf die kulturpolitische und erinnerungskulturelle Bedeutung bzw. Verortung der Demokratiegeschichte im weiten Feld der Erinnerungskultur muss auf der Grundlage und in Erweiterung des bestehenden Rahmenkonzepts zur Weiterentwicklung der Orte der Demokratiegeschichte von 2021 und unter Einbeziehung der wichtigsten Akteurinnen und Akteure zudem eine breitere „Gesamtkonzeption Demokratiegeschichte“ erarbeitet werden, ähnlich wie es mit der Gedenkstättenkonzeption des Bundes für die Auseinandersetzung mit der Diktaturengeschichte seit vielen Jahren etabliert und jüngst in einer Neufassung vorgelegt wurde, in der indes die Demokratiegeschichte weitgehend eine Leerstelle markiert. Die Beschäftigung mit der Demokratiegeschichte postuliert dabei keineswegs einen Paradigmenwechsel oder gar eine Relativierung grundlegender erinnerungskultureller Themen, sondern markiert ein Thema, das schon lange im Blick erinnerungskultureller Bemühungen steht. Was Gustav Heinemann mit der Gründung der Erinnerungsstätte Rastatt 1974 anstieß, ist eine Aufgabe, die in ihrer ganzen Tragweite, gesamtgesellschaftlichen Relevanz und durchaus auch Brisanz gleichwohl erst in den letzten Jahren zunehmend deutlicher und dringlicher vor Augen steht.

Dr. Kai-Michael Sprenger  
Direktor  
Stiftung Orte der deutschen Demokratiegeschichte  
Adickesallee 1  
60322 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 (0)69 1525-1250  
Mobil: +49 (0)173 9134277  
Mail: k.sprenger@dnb.de

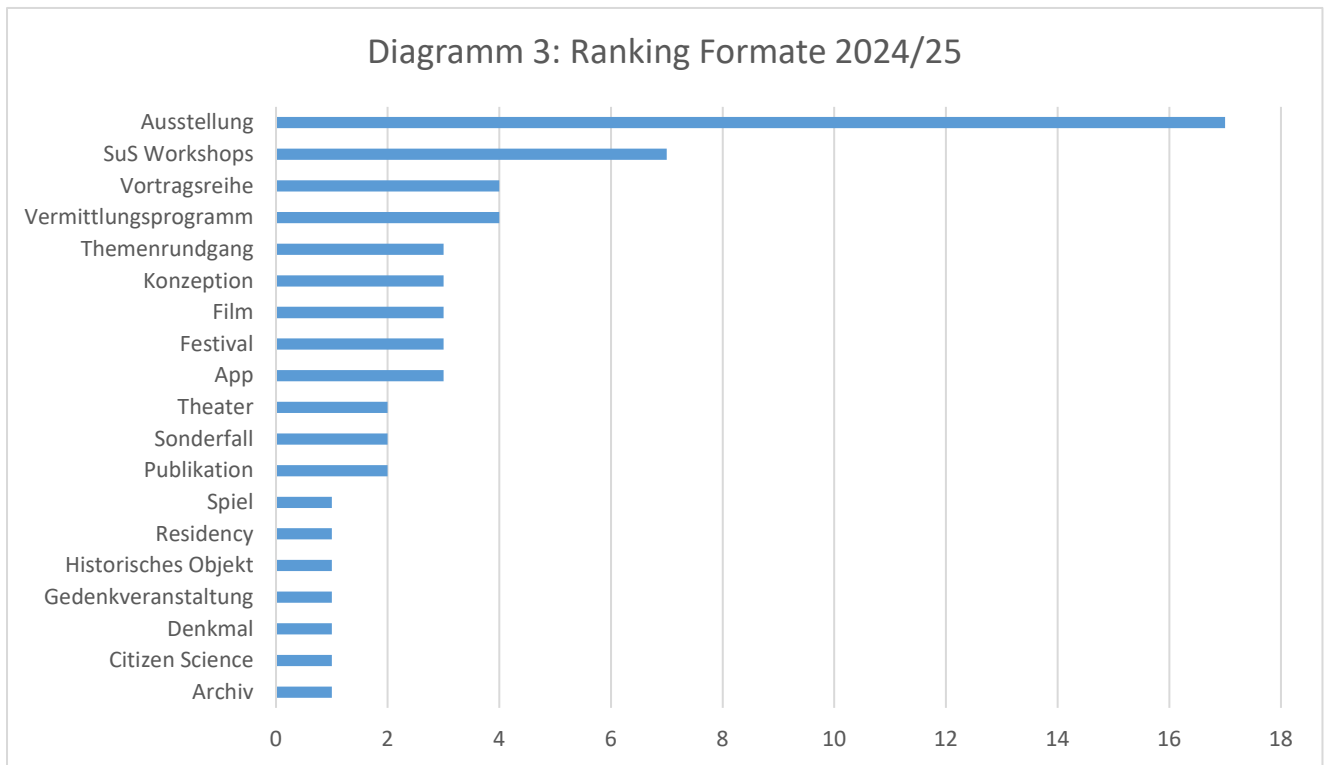
Anlagen Auswertungen Förderungen 2024-2025



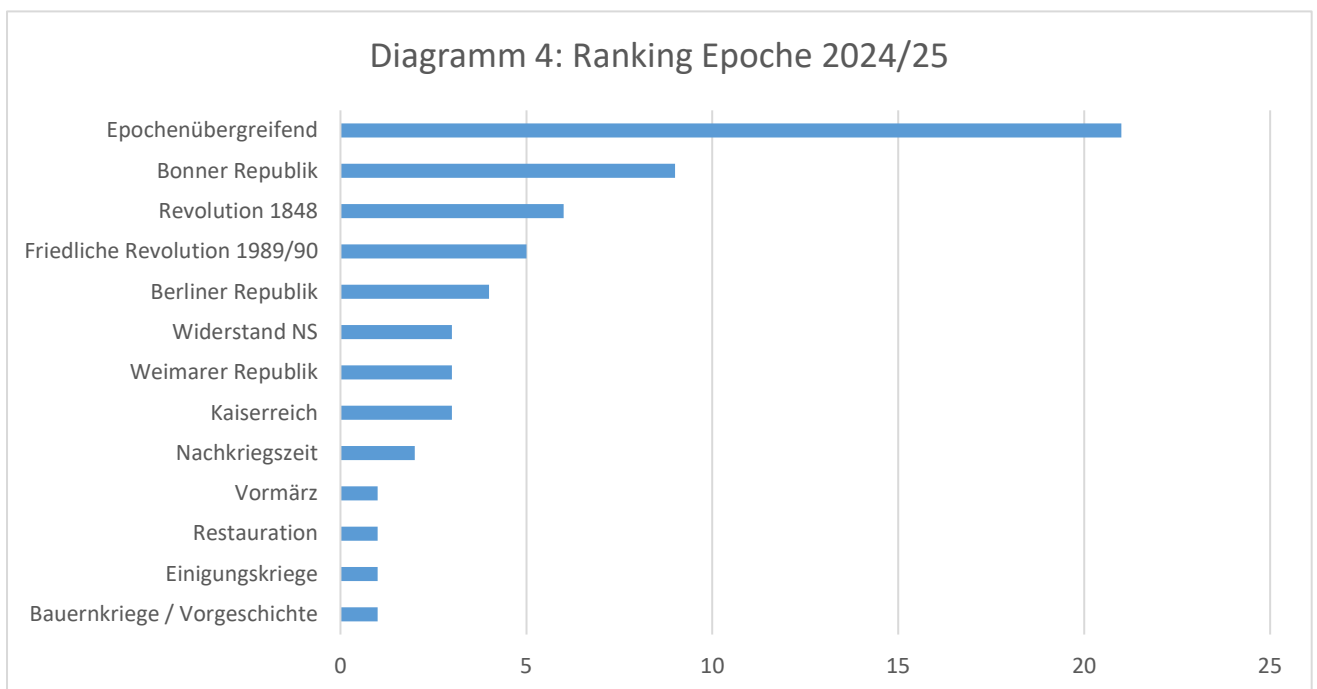
Alt-Text: Diagramm 1: Fördermittel und Projektanzahl



Alt-Text: Diagramm 2: Kreisdiagramm Stadt-Land-Verhältnis: 68 % Stadt, 32 % Land



Alt-Text: Diagramm 3: Ranking der Projektformate 2024/25, Ausstellungen am häufigsten.



Alt-Text: Balkendiagramm: Ranking der in Projekten bearbeiteten Epochen 2024/25, Epochenübergreifend am häufigsten.